



Sessionsbericht – Frühlingsession

Rapport de session – Session de printemps

28. Februar bis 18. März 2022

Von Michael Mandl, Fraktionssekretär

Eine Session im Schatten des Ukraine-Konflikts

Der russische Angriff auf die Ukraine hat unbestritten die ganze Frühlingsession überschattet und alles andere in den Hintergrund gerückt. Diese eklatante Verletzung des Völkerrechts, der Souveränität und der territorialen Integrität eines demokratischen Landes hat die ganze Schweizer Politik erschüttert. Von einem Tag auf den anderen wurde das ganze Sicherheitsgefüge in Europa und die freiheitliche Nachkriegsordnung in Frage gestellt. Die FDP hat richtigerweise sofort ihre Sorge um die Menschen in der Ukraine bekundet und das militärische Vorgehen der russischen Regierung aufs Schärfste verurteilt.

Wie so oft in Krisensituationen ist man im Schweizer Parlament zuerst etwas hilflos, da es kaum Handlungsspielraum gibt. Ziemlich genau zwei Jahre nach dem Sessionsabbruch aufgrund der Corona-Pandemie musste das Parlament erneut zuschauen, wie sich international die Lage auf einen Schlag veränderte. Ob die Erklärung im Nationalrat, die dringlichen Debatte in beiden Räten oder die ausserordentliche Session zum UNO-Sicherheitsrat wirklich einen Mehrwert bringen, darf berechtigterweise in Frage gestellt werden. Doch sie sind Ausdruck davon, dass es zumindest im Grossteil des Parlamentes eine ehrliche, gemeinsame Anteilnahme gab, die man mit Nachdruck gegen aussen aufzeigen wollte.

Trotz dem Ende der Frühlingsession wird der Konflikt in der Ukraine den Parlamentsbetrieb weiterhin prägen. So ist bereits jetzt klar, dass die zuständigen Kommissionen bereits im anstehenden Quartal über die wichtige Armeebotschaft 2022 beschliessen werden. Diese ist zentral für die rasche Beschaffung des neuen Kampffjets sowie der bodengestützten Luftabwehr. Eine Vorlage, die bereits ohne den Krieg in der Ukraine viel politische Aufmerksamkeit erhalten hätte, aber nun umso mehr im Zentrum des öffentlichen Interesses steht. Die FDP wird wie bereits beim Ausbruch des Konflikts eine führende Rolle übernehmen und sich dafür einsetzen, dass die Linken mit ihrer Sammlung zur Volksinitiative «Stop F-35» keinen Erfolg haben werden. Denn diese eigentliche Durchsetzungsinitiative hat keinerlei aufschiebende Wirkung und beweist viel mehr, wie wenig direktdemokratisches Verantwortungsbewusstsein die linken Parteien an den Tag legen.

Zumindest hat der Ukraine-Konflikt in diesem Kontext etwas Positives bewirkt und die Prioritäten bei allen Parteien etwas zu Recht gerückt. Denn wenn man darüber beschliessen muss, wie die Sicherheit des eigenen Landes für die nächsten Jahrzehnte gewährleistet werden kann, bekommen politische Entscheidungen auch das Gewicht, das sie verdienen. Trotzdem ist es natürlich auch wichtig, dass sich der Nationalrat wohl schon in der Sondersession darüber den Kopf zerbrechen wird, ob für Monatshygieneartikel ebenfalls ein reduzierter Mehrwertsteuersatz gelten soll oder nicht...



1. Ein taktischer Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative

Ende letzten Jahres sind sich die Kommissionen für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK) einig geworden, dass es einen indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative geben soll. Dieser Vorschlag geht auf eine parlamentarische Initiative der UREK-N zurück ([21.501](#)). Sinn des indirekten Gegenvorschlages ist es, das Ziel der Initiative, die Reduktion von Treibhausgasemissionen auf Netto-Null bis 2050, auf Gesetzesebene zu verankern. Im Unterschied zur Initiative wird dabei aber auf die expliziten Verbote von fossilen Brenn- und Treibstoffen ab 2050 verzichtet. Durch die Zustimmung in beiden Kommissionen ist nun die UREK-N mit der Erarbeitung einer Gesetzesänderung beschäftigt, was spätestens bis zur Sommersession beendet werden muss.

Bereits in dieser Frühlingssession hat der NR über die Gletscher-VI und den direkten Gegenvorschlag beraten. Den direkten Gegenvorschlag des Bundesrates nahm der Nationalrat mit 104 zu 67 Stimmen bei 21 Enthaltungen an. Die Nein-Stimmen kamen von den Grünen und Mitgliedern der SVP-Fraktion, die Enthaltungen fast durchwegs aus der SVP. Mit 99 zu 89 Stimmen und bei 4 Enthaltungen beschloss der Rat seine Stimmempfehlung: ein Ja zum Gegenvorschlag, ein Nein zur Initiative. Diese Position entspricht auch der Position der FDP in ihrer [Vernehmlassungsantwort](#) zur Gletscher-Initiative. Die FDP hat sich bereits in ihrem [Positionspapier](#) vom Juni 2019 zur freisinnigen Umwelt- und Klimapolitik dazu bekannt, die Treibhausgasemissionen langfristig d.h. bis 2050 auf Netto-Null zu senken. Im Unterschied zur Volksinitiative lässt der direkte und der indirekte Gegenvorschlag in der Umsetzung aber mehr Handlungsspielraum und verzichtet auf Verbote. Darum sind diese grundsätzlich gegenüber der Volksinitiative zu bevorzugen.

Mit dieser Entscheidung sind somit die Voraussetzungen geschaffen, damit eine Fristverlängerung für die Volksinitiative durchgesetzt werden kann und somit auch genügend Zeit bleibt, um die taktisch wichtige Frage des indirekten Gegenvorschlages zu klären.

2. Massentierhaltungsinitiative scheitert im Parlament

In der Wintersession 2021 hat sich der Nationalrat als Erstrat mit der Massentierhaltungsinitiative und dem direkten Gegenentwurf des Bundesrats befasst und diese abgelehnt. Nun hat sich auch der Ständerat damit befasst und ist den Entscheidungen des Nationalrats gefolgt.

Die Initiative hat zum Ziel, das Tierwohl sowie Regeln für den Import von tierischen Produkten in der Verfassung aufzunehmen und Massentierhaltung zu verbieten. Dafür sollen Anforderungen festgelegt werden, die mindestens denjenigen der Bio-Suisse-Richtlinien von 2018 entsprechen. Der direkte Gegenentwurf des Bundesrats nahm das Grundanliegen der Initiative auf, ging jedoch in einem Punkt noch weiter. Anstatt nur für Tiere in der landwirtschaftlichen Tierhaltung, sollte der Schutz des Wohlergehens als allgemeiner Grundsatz für alle Tiere in der Verfassung verankert werden.

Die vorberatende Kommission des Ständerats hatte die Initiative zur Ablehnung empfohlen. Der Ständerat ist dieser Empfehlung gefolgt mit 32 zu 8 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Mit 30 zu 14 Stimmen ohne Enthaltungen lehnte es der Ständerat zudem ab, auf den direkten Gegenvorschlag des Bundesrats einzutreten. Dieser war damit vom Tisch. Das alles zur Freude der FDP, denn obwohl das Tierwohl auch für die FDP einen hohen Stellenwert einnimmt, überschiesst die Initiative das Ziel. Die heute bestehenden Rechtsgrundlagen tragen den Anliegen der Initianten bereits ausreichend Rechnung. Zudem ist die Massentierhaltung bereits heute verboten, und die Schweiz hat die weltweit strengste Regulierung der Nutztierhaltung. Aus liberaler Sicht müssen zudem nicht nur die Produzenten, sondern auch die Konsumenten zur Verantwortung gezogen werden. So könnte bei der Nachfrageentwicklung angesetzt werden, mit entsprechender Aufklärungsarbeit und der Bereitstellung von guten Produkten. In der Schlussabstimmung nahmen beide Räte den Bundesbeschluss an, welche dem Volk und Ständen

empfiehlt, die Initiative abzulehnen. Über die Initiative werden das Volk und die Stände im Herbst befinden müssen.

3. Rasche humanitäre Hilfe in der Ukraine-Krise

Mittels der dringlich eingereichten Erklärung des Nationalrates wurde der Bundesrat bereits am zweiten Tag der ersten Sessionswoche angehalten starke Sanktionsmassnahmen gegen den russischen Aggressor zu ergreifen und Solidarbereitschaft für die Ukraine zu zeigen. In Anwesenheit des ukrainischen Botschafters haben sich alle Fraktionen zur eingereichten Erklärung und aktuellen Lage geäussert, wobei sich die Sprecher der FDP-Fraktion für eine rasche und unbürokratische Hilfeleistung der Kriegsflüchtlinge in enger Koordination mit der Europäischen Union ausgesprochen haben.

Der Bundesrat ist auf Antrag unserer Bundesrätin Karin Keller-Sutter dieser Erklärung nachgegangen und hat am Freitag in derselben Woche die Aktivierung des Schutzstatus S in die Konsultation geschickt sowie eine Woche später aktiviert. Die FDP hat diesen Entscheid begrüsst und spricht sich in der Krise für die Solidarität und eine rasche sowie unbürokratische Einreise- und Aufnahmeverfahren der Flüchtlinge aus Ukraine aus. Die Erklärung der Schutzbedürftigkeit mittels dem Statuts S ermöglicht eine befristete humanitäre Aufnahme der Kriegsflüchtlinge, ohne dass das Schweizer Asylsystem mit individuellen langwierigen Verfahren überlastet wird.

Die Ausgestaltung des Schutzstatus wurde eng an die europäischen Richtlinien angepasst. Wobei die Schweizer Lösung bereits weitreichender ist und für die Aufnahme der Erwerbstätigkeit keine dreimonatige Wartefrist mehr vorsieht. Die Zusammenarbeit und die Kooperation im Schengen-Raum sind nun wichtiger denn je. Die FDP wird sich weiterhin für die Sicherheit innerhalb des Schengen-Raums und die Stärkung der Aussengrenzen (Frontex) einsetzen und so die Sicherheit für die Zukunft sichern.

4. Uferlosere Wettbewerbseinschränkende Massnahmen aufgrund Lex-Booking

Die Revision des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb möchte die Motion Bischof aus dem Jahre 2016 umsetzen. Die im Frühjahr 2021 durchgeführte Vernehmlassung hat aus weiten Kreisen Kritik geerntet, so auch von der FDP. Der Bundesrat hat von Anfang an keinen Handlungsbedarf gesehen und ist somit gegen einen Eingriff in die Praktiken der Buchungsplattformen.

Diese Meinung hat der Nationalrat in dieser Session jedoch nicht geteilt und hat sich mit 109 zu 70 Stimmen bei 13 Enthaltung für die Änderung im UWG gesprochen. Anlass für die Verschärfung der Bestimmungen ist insbesondere der Ausbau der marktbeherrschenden Stellung der Online-Buchungsplattformen. Dies führte zu einem zunehmenden politischen Druck, welcher durch die coronabedingte Schiefelage der Tourismusbranche verstärkt wurden. Als würde das nicht genügend, hat sich der Nationalrat mit einer knappen Mehrheit von 98 zu 88 Stimmen bei 4 Enthaltungen entschieden, nebst der Preisbindungs- auch Verfügbarkeits- und Konditionenparitätsklauseln ins UWG aufzunehmen.

Die FDP hat vergebens versucht die Notwendigkeit solcher Plattformen aufzuzeigen und die klaren Vorteile z.B. durch den Netzwerknutzen vorzubringen, was für die Stimmungsbildung nicht genügt hat. Die FDP wird sich auch weiterhin gegen staatliche branchespezifische Eingriffe in den Wettbewerb einsetzen und möchte insbesondere nicht durch zusätzliche Regulierungen in privatrechtlichen Verträgen den Marktmechanismus aushebeln. Es bestehen schon genügend weitreichende Regulierungen im Bereich des UWG (bspw. mittels der Einführung des Konzepts der relativen Marktmacht), mit denen allfällige Missbräuche geahndet werden könnten. Nun ist es am Ständerat hier eine gegenteilige Position einzunehmen, wofür sich die FDP mit voller Kraft einsetzen wird.

5. Kein Mais im Bundeshaus: Sieg der FDP in der Gentechnik

Seit 2005 kämpft die FDP als einzige Partei gegen eine Dämonisierung der Gentechnik. Jedoch konnte über all diese Jahre die fortlaufende Aktualisierung des Moratoriums nicht verhindert werden. Obwohl die

Vorteile der modernen Gentechnik evident sind und die Wissenschaft für die Aufhebung des Moratoriums eintritt, konnten die anderen Parteien sich nicht von ihren veralteten Dogmen lösen.

Nachdem der Ständerat in der letzten Session, durch einen Stichentschied des Präsidenten, SR Thomas Hefti, erstmals Ausnahmen gutgeheissen hatte, hat der WBK-N einen Kompromissantrag vorgelegt. Der von Nationalrat beschlossene, von links-grün bekämpfte Antrag, beauftragt den Bundesrat für die neuen gentechnischen Verfahren, bei denen kein transgenes Erbmateriale eingefügt wird, eine neue Gesetzesgrundlage zu schaffen. Wie in der grossen Kammer unterstützte die FDP auch im Ständerat den Kompromissantrag geschlossen und ebnete den Weg für eine Annahme des modifizierten Moratoriums in der Schlussabstimmung. Die FDP hat bei dieser Vorlage wieder einmal bewiesen, dass sich Biss und Durchhaltewille auszahlt.

6. Parlament gewappnet für die nächstmögliche Krisensituation

Im Rahmen der Aufarbeitung der Corona-Pandemie hat sich die Staatspolitische Kommission des Nationalrats entschieden, die organisatorischen und rechtlichen Herausforderungen des Parlamentsbetrieb in einer Krisensituation anzugehen. Losgelöst von Corona hat die Kommission die rechtlichen Grundlagen dahingehend angepasst, dass die Handlungsfähigkeit und die Nutzung der Notrechtskompetenzen des Parlaments in Krisensituationen verbessert werden. Namentlich betrifft dies das Zusammentreffen von Kommissionen, die parlamentarischen Leistungsorgane, die Zusammenkunft der Räte, die Nutzung parlamentarischer Instrumente und die Ausübung von Notrechtskompetenzen. Die Vorlage, welche in einer Subkommissionen ausgearbeitet worden ist, wurde von der FDP-Delegation aktiv beeinflusst und mitgestaltet.

Als Erstrat hat der Nationalrat dem Entwurf seiner Kommission zugestimmt und die drei Vorlagen mit jeweils nur einer Gegenstimme gutgeheissen. In der Ratsdebatte wurde immer wieder auf den Tag vor zwei Jahren zurückgeblickt, welcher historisch zum ersten Mal einen Abbruch der Session datiert hat. Das Bedürfnis die Handlungsfähigkeit in jeglichen Krisensituationen zu wahren und die Kommissionstätigkeiten zu ermöglichen ist über alle Parteien hinweg vorhanden, weswegen das Eintreten in die Vorlagen zu keiner Streitigkeit geführt hat.

Der grösste Paradigmenwechsel und ein Novum im Parlamentsgesetz sind die Ermöglichung der virtuellen Tagung der Räte. Die Möglichkeit nicht physisch zu tagen wird zukünftig somit die Räte nicht in Stillstand bringen. Die FDP steht für die Wahrung der Kompetenzen ein und möchte zukünftigen Krisensituationen gut gewappnet sein. Deshalb bleibt unsere Devise für die gesetzgeberische Vorkehrungen für unabsehbare Notsituationen, Gesetze zu verabschieden die «so abstrakt wie möglich – so konkret wie nötig» sind. Eine von der drei Vorlagen wurde in der Schlussabstimmung bereits genehmigt, da sie nur das Geschäftsreglement des Nationalrats betreffen. Die anderen zwei Vorlagen gehen nun an den Ständerat.

7. Das Veloweggesetz hat die Kurve gekriegt

Dreieinhalb Jahre nach der Annahme des Bundesbeschlusses über die Velowege durch Volk und Stände wurde das neue Veloweggesetz in der Schlussabstimmung der Frühlingssession von beiden Räten deutlich angenommen.

Das Bundesgesetz über die Velowege setzt den 2018 geänderten Art. 88 der Bundesverfassung in die Gesetzgebung um. Mit dem neuen Verfassungsartikel erhielt der Bund die Möglichkeit, Grundsätze für Velowegnetze festzulegen sowie Massnahmen der Kantone, Gemeinden und weiterer Akteure subsidiär zu unterstützen und zu koordinieren. Das neue Veloweggesetz setzt diese Grundsätze nun um, soll dem Veloverkehr Schub verleihen und ihn sicherer machen. Konkret sind die Kantone nun verpflichtet, innert fünf Jahren ein Velowegnetz zu planen und dieses innert weiteren 15 Jahren zu realisieren.

Ein wichtiger Aspekt für die FDP-Liberale Fraktion war, dass die spezialisierten Organisationen nicht das Recht erhalten, gegen Entscheidungen der Behörden zu rekurrieren. Der Ständerat hat den Bundesrat in diesem Punkt bereits während seiner ersten Beratung korrigiert und der Nationalrat ist ihm nun gefolgt.

8. Vereinigte Bundesversammlung (VBV)

Bundesstrafgericht: Die Vereinigte Bundesversammlung wählte mit 173 Stimmen Frau Brigitte Stump Wendt (SP) zur ordentlichen Richterin deutscher Sprache für die Amtsperiode 2022 – 2027 in die Berufungskammer des Bundesstrafgerichts. Die Stelle für einen Richter oder eine Richterin französischer Sprache wird neu ausgeschrieben.

Militärkassationsgericht: Infolge der Wahl von Herrn Stefan Wehrenberg zum Gerichtspräsidenten ist am Militärkassationsgericht die Stelle eines ordentlichen Richters oder einer ordentlichen Richterin wiederzubetzen. Die vereinigte Bundesversammlung wählte mit 180 Stimmen die von der Gerichtskommission vorgeschlagene Catherine Reiter (Grüne) für den Rest der Amtsperiode 2020-2023.

9. Geschäfte beider Räte

Vorschlag 2022. Nachtrag Ia: Der Bundesrat hat dem Parlament drei Nachtragskredite im Umfang von 3,4 Milliarden Franken für weitere Massnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie unterbreitet. Diese ergeben sich aus den Verlängerungen, welche das Parlament in der Wintersession 2021 beschlossen hat (Änderung des Covid-19-Gesetzes). Die Nachträge entfallen auf den Corona-Erwerbersatz (1,7 Mrd.), die Kantonale Härtefallmassnahmen für Unternehmen (0,9 Mrd.) und den Bundesbeitrag an die Arbeitslosenversicherung (0,8 Mrd.). Die drei Nachtragskredite waren in den beiden Räten unbestritten, Anlass zur Diskussion gab ein nachträglich reingerutschter Antrag im Ständerat für zusätzliche 100 Millionen Franken für die Reservierung und Beschaffung von Arzneimitteln gegen Covid-19 für immunsupprimierte Personen. Die gewollte Aufstockung führte zu einem hin- und her in den Räten, bis der Nationalrat schliesslich dem Ständerat zustimmte. Der Nationalrat war inhaltlich eigentlich einverstanden mit dem Antrag, hätte einen ordentlichen Nachtrag in der darauffolgenden Session jedoch bevorzugt. Die FDP befürwortete von anhin in beiden Räten die Mittelaufstockung.

Versicherungsaufsichtsgesetz: Nachdem der Nationalrat und der Ständerat 2021 die Revision des Gesetzes guthiessen, kam es in der diesjährigen Frühjahrsession zur Differenzbereinigung. Die Teilrevision umfasst die Themen Sanierungsrecht, Kundenschutzbasiertes Regulierungs- und Aufsichtskonzept sowie Versicherungsvermittlung. Bestritten war vor allem die Einführung einer generellen Ombudspflicht für alle Versicherer. Schliesslich ist der Ständerat in dieser Frage auf die Linie des Nationalrats umgeschwenkt, welcher eine obligatorische Ombudspflicht ablehnte. Nach Ansicht der Ratsmehrheit erfüllt die heutige Branchenlösung ihren Zweck. Diese Meinung vertrat auch die FDP, die eine obligatorische Ombudspflicht als überflüssig und überschüssig empfand. In mehreren Punkten konnte die FDP dazu beitragen, den Regulierungsrahmen ein wenig freier zu gestalten. In der Schlussabstimmung wurde die Revision des Gesetzes in beiden Räten angenommen, vom Ständerat einstimmig und vom Nationalrat mit 186 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen mit 1 Enthaltung.

Missbräuchliche Konkurse: Ein ganzes Paket von Massnahmen soll missbräuchliche Konkurse und Schädigungen von Gläubigern weiter erschweren. Der Ständerat hat als Zweitrat der bereinigten Fassung zugestimmt. Zuvor hat der Nationalrat die letzte inhaltliche Differenz zum Ständerat bereinigt, welches gemäss der Ratslinke ein Wahlrecht (Betreibung auf Konkurs oder Pfändung) für staatliche Stellen beinhaltet hätte. Die FDP mit der bürgerlichen Mehrheit konnte sich mit dem Konkursweg durchsetzen. Für die FDP ist es wichtig, missbräuchliche Konkurse möglichst zu unterbinden, aber dabei die Wirtschaftsfreiheit nicht zu sehr einzuschränken. Die Vorlage wurde in der Schlussabstimmung durch beide Räte angenommen.

System gegen Ausweissfälschungen (FADO): Dem Parlament war es von Anfang an klar, dass die Schweiz weiterhin am digitalen EU-Sicherheitssystem Fado (False and Authentic Documents Online) beteiligt bleibt. Im Parlament ist die Anpassung der Rechtsgrundlagen dafür inhaltlich unter Dach und Fach und wurde auch in der Schlussabstimmung von beiden Räten angenommen. Zukünftig wird das Parlament über die Zugangsrechte zum Speicherungssystem bestimmen, wobei dem Bundesrat nur noch geringfügige Rechte in Bezug auf die Luftfahrtunternehmen zugesprochen werden. Die FDP unterstützt

das Begehren der Justizministerin, das wertvolle Instrument der Schweizer Sicherheitsbehörden zu erhalten, welches ein wichtiger Bestandteil der Sicherheitsarchitektur in Europa bildet.

Vollstreckung der Prämienzahlungspflicht der Versicherten: Die neue Regelung zum Umgang mit Personen, die ihre Krankenkassenprämien nicht bezahlt haben, wurde in der Schlussabstimmung von beiden Räten angenommen. Der Ständerat hatte die letzten Differenzen in der entsprechenden Vorlage bereinigt. Er beschloss stillschweigend, dass säumige Versicherte nicht in ein alternatives Versicherungsmodell, wie etwa in ein Hausarztmodell, eingeteilt werden. Ebenfalls einverstanden war die kleine Kammer damit, dass die laufenden Kosten für die Prämien über das Betreibungsamt bezahlt werden können, wenn der Lohn einer versicherten Person gepfändet wird. Schliesslich können die Prämien vom Lohn abgezogen und an den Versicherer überwiesen werden, um neue Schulden aufgrund bestehender Betreibungen zu vermeiden. Bereits früher hatten sich die Räte darauf geeinigt, die kantonalen Listen säumiger Prämienzahlender nicht generell abzuschaffen.

Kandidatur UNO-Sicherheitsrats: Nach dem sich die FDP-Deputation im Nationalrat schon klar für die Kandidatur für den UNO Sicherheitsrat ausgesprochen hat, hat es ihr die Mehrheit der FDP im Stöckli gleichgetan. In beiden Kammern waren die SVP-Vorstösse, die einen Übungsabbruch forderten, chancenlos. Gerade in diesen dunklen Zeiten stehe der Bundesrat "mehr denn je" voll hinter der Kandidatur, sagte Aussenminister Ignazio Cassis. Die Schweiz sei die Stimme der Minderheiten und Kompromisse. Sie könne im Sicherheitsrat viele Kompetenzen zur Verfügung stellen.

Assistenzdienst der Armee: Die Armee konnte sich in der Pandemie beweisen: Bis zu 570 Armeeangehörige waren seit Dezember und bis etwa Mitte Februar gleichzeitig im Einsatz. Sie leisteten bis zum Ende des dritten Armeeeinsatzes rund 21'000 Dienstage zugunsten der Bevölkerung. Die FDP, die sich für eine Stärkung der Armee einsetzt, hat in beiden Räten den Einsatz der Armee geschlossen gutgeheissen. Die Vorlage wurde mit grosser Mehrheit angenommen.

10. Geschäfte des Nationalrats

Analyse des Wasserkraftpotenzials der Gletscherschmelze: Auf Antrag von NR Jacques Bourgeois wurde der Bundesrat beauftragt, in einem Bericht darzulegen, inwiefern sich das Potenzial der Wasserkraft durch die Gletscherschmelze erhöht. Der Nationalrat hat dem entsprechenden Postulat oppositionslos zugestimmt. Im Vorstoss wird namentlich darauf hingewiesen, dass in den einstigen Gletscherregionen knapp 1200 Gletscherseen entstanden seien. Das wäre ein grosses Potenzial, um die Wasserkraft zugunsten der Versorgungssicherheit auszubauen. Nun ist der Bundesrat am Zug, der einen entsprechenden Bericht verfassen muss.

Gebundene Ausgaben: Der finanzielle Handlungsspielraum des Bundes wird wegen der stetig wachsenden gebundenen Ausgaben immer kleiner. In der Finanzkommission wurde auf Antrag der FDP entschieden, mittels Postulats eine bessere Kontrolle der stark gebundenen Ausgaben des Bundes zu fordern. Der Nationalrat zeigte sich entsprechend besorgt und verlangte vom Bundesrat, mögliche Gegenmassnahmen zu prüfen. In einem Bericht soll der Bundesrat nun Vorschläge machen, um zu verhindern, dass die stark gebundenen Ausgaben schneller wachsen als die Bundeseinnahmen.

Entsendegesetz: In mehreren Grenzkantonen sind seit längerem Gesetze für Mindestlöhne in Kraft. Der Nationalrat spricht sich nun für eine nationale Regelung zur Durchsetzung der Regeln für Entsandte aus. Der Nationalrat hat entgegen dem Willen der Mehrheit der FDP eine entsprechende Revision des Entsendegesetzes beschlossen. Wie beim Eintretensentscheid vor drei Monaten setzte sich eine Mehrheit aus SP, Grünen und Mitte-Fraktion durch. Der Nationalrat widersetzt sich mit diesem Entscheid dem Ständerat, welcher nicht auf die Vorlage eingetreten war. Entscheidet der Ständerat ein zweites Mal, auf den Erlassentwurf nicht einzutreten, ist die Vorlage vom Tisch. Tritt der Ständerat hingegen auf die Änderung des Entsendegesetzes ein, könnte es doch noch nationale Regeln geben.

Fairerer Wettbewerb gegenüber Staatsunternehmen: Das Bundesparlament will strengere Regeln für staatliche und staatsnahe Betriebe. Ziel ist es, Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Namentlich geht es um Hürden bei Übernahmen. Der Nationalrat hat als Zweitrat zwei entsprechende Motionen überwiesen. Der Bundesrat muss nun Vorschläge zur Umsetzung machen, es wird namentlich eine Anpassung des Wettbewerbsrechts verlangt. Die FDP setzt sich stets für einen Wettbewerb mit gleich langen Spiessen ein, entsprechend geht eine der Motionen auf unseren Ständerat Andrea Caroni zurück. Der Entscheid des Nationalrats ist als Erfolg zu verbuchen, nachdem vergleichbare Vorhaben in der Vergangenheit scheiterten. Speziell die zunehmende Expansionsstrategie der Post oder von Energieversorger sorgt immer mehr für Konflikte mit der Privatwirtschaft und muss zwingend von der Politik angegangen werden. Das Ja beider Räte ebnet nun den Weg für mehr Gleichbehandlung im Wettbewerb.

Revision Strafprozessordnung: Bei der Revision der Strafprozessordnung sind sich die Räte weiterhin nicht einig, ob Beschuldigte an Einvernahmen anderer Beschuldigter teilnehmen dürfen. Nach geltendem Recht dürfen alle Parteien im Verfahren bei allen Beweiserhebungen dabei sein, dies kann bei Einvernahmen von Bandenkriminalität schwere prozessuale Folgen haben. Der Bundesrat und auch der Ständerat möchten das Teilnahmerecht von Beschuldigten an Einvernahmen einschränken, also etwa Zeugen oder Personen, die im selben Verfahren beschuldigt sind. Der Nationalrat hingegen will bei der heutigen Regelung bleiben, um faire Verfahren zu garantieren. Aus der Vorlage gestrichen hat der Nationalrat das Konzept der restaurativen Gerechtigkeit. Vom Tisch ist diese nicht, denn der Nationalrat überwies eine Motion für eine separate Vorlage. Die Vorlage geht mit mehreren Differenzen zurück an den Ständerat.

Senkung des Stimmrechtsalter: Entgegen der Mehrheit der FDP-Fraktion hat das populistische Begehren mit 99 zu 90 Stimmen bei drei Enthaltungen eine knappe Mehrheit erlangt, womit das Geschäft nicht abgeschlossen werden konnte. Vergebens hat der Sprecher der Fraktion versucht, auf die inkonsequente Gesetzgebung zu verweisen (weitgehende Altersbeschränkungen und Bevormundung der Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr ist die Regel). Das Begehren der Jugendlichen und das hohe Engagement wird gewürdigt, weswegen alternativ auch vorgeschlagen wird eine allgemeine Debatte über das Mündigkeitsalter zu führen, was sich jedoch auch kein Gehör schaffen konnte. Die FDP-Kommissionsmitglieder werden sich in der Ausgestaltung der Vorlage aktiv beteiligen und sich kritisch einbringen. Denn nichtsdestotrotz darf der Volkswille (alle Abstimmungen auf kantonaler Ebene waren bis anhin gegen die Senkung mit Ausnahme des Kanton Glarus), der sich deutlich gegen eine solche Änderung ausspricht nicht ignoriert werden.

Festhalten an richterlichen Mandatsabgaben: Der Nationalrat hat mit 157 zu 34 Stimmen bei einer Enthaltung entschieden, weiterhin an den Mandatsabgaben der Bundesrichter an die Parteien festhalten. Gemäss dem ehemaligen Fraktionspräsidenten Walti, und Initiant des parlamentarischen Vorstosses, verpasst das Parlament hier die Möglichkeit, die Glaubwürdigkeit der Justiz zu stärken. Die Fraktion ist mit Ausnahmen von einzelnen Stimmen der Mitte und der SVP allein für den Vorstoss und das Begehren der Transparenz eingestanden. Das ist klar ein falsches Signal und widerspricht den aktuellen Transparenz-Erwartungen, die vehement von der linken Seite dauernd gefordert werden.

Kein Moratorium hinsichtlich der 5G-Technologie in der Schweiz: Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat drei Standesinitiativen der Kantone Genf, Neuenburg und Jura abgelehnt. Sie forderten ein schweizweites Moratorium für den Einsatz von 5G-Millimeterwellen, bis eine schweizweite Übersicht über die Belastung der Bevölkerung vorliege. Der Ständerat hatte die Standesinitiativen schon in der Wintersession verworfen. Sie sind damit vom Tisch, was sehr erfreulich ist.

Strassenverkehrsgesetz: Bei Raserdelikten sollen die Gerichte wieder einen Ermessensspielraum erhalten. Der Nationalrat hat bei der Revision des Strassenverkehrsgesetzes die schon im Herbst 2021 beschlossene Abschaffung der Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr bestätigt. Auch der Mindestentzug des Führerausweises wird von 24 auf 12 Monate halbiert. Rasende Blaulichtfahrer sollen zudem etwas

weniger hart angefasst werden und eine Mehrheit des Rats hat sich dafür ausgesprochen, die in der Schweiz seit den 1950er-Jahren verbotenen Rundstreckenrennen wieder zu erlauben. Die gesamte Revision hiess der Rat nach vierstündiger Debatte in der Gesamtabstimmung mit 156 zu 28 Stimmen gut. Die Nein-Stimmen kamen vor allem von den Grünen. Die Vorlage geht nun in den Ständerat.

Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit: Der Nationalrat hat entschieden, unliebsamen Telefonanrufen von Versicherungsvermittlerinnen und -vermittlern endgültig einen Riegel zu schieben. Er hat einer Vorlage zugestimmt, mit der den Versicherern - namentlich Krankenkassen - strengere Regeln für Vermittler auferlegt werden. So sollen nicht mehr nur die Telefonwerbung, der Verzicht der Versicherungen auf Leistungen der Call-Center und die Einschränkung der Provisionen im Gesetz geregelt werden. Neu sollen ebenso das Verbot der Kaltakquise, die Ausbildung der Vermittlerinnen und Vermittler und eine Pflicht festgelegt werden, das Gespräch zu protokollieren. Dass es Handlungsbedarf gibt, war im Rat unbestritten. Einzig die SVP meinte, man könne das Telefon ja einfach auflegen. Als nächstes berät der Ständerat die Vorlage.

Kostendämpfungsmassnahmen im Gesundheitswesen: Der Nationalrat will nun doch ein Monitoring mit Korrekturmöglichkeiten im Gesundheitswesen. Daran beteiligen sich alle Leistungserbringer und auch die Kantone sollen einbezogen werden. Der Rat kam auf einen bereits in beiden Räten gefällten Beschluss im Rahmen der Vorlage zurück. Beide Kammern hatten die vom Bundesrat beantragte Kostensteuerung mit knappen Mehrheiten aus der Vorlage gestrichen. Die damaligen Entscheide waren richtig, denn solche Zielvorgaben münden letztendlich in Globalbudgets, die es konsequent zu bekämpfen gilt. Der Nationalrat entschied nun aber erneut, den Passus wegzulassen. Mit 103 zu 87 Stimmen und bei fünf Enthaltungen setzte sich schliesslich die Minderheit durch, womit der Nationalrat zumindest aus Sicht der FDP einen Fehler begangen hat.

Modernisierung der AHV-Aufsicht: Auch der Nationalrat will die Aufsicht über die AHV, die Ergänzungsleistungen (EL), die Erwerbsersatzordnung (EO) und die Familienzulagen in der Landwirtschaft modernisieren. Oppositionslos ist er auf die Vorlage eingetreten. Der Bundesrat verfolgt mit der Revision das Ziel, dass sich die Aufsicht stärker an den Risiken orientiert. Zudem sollen Grundsätze der guten Unternehmensführung festgelegt werden und die Informationssysteme in der ersten Säule zweckmässig gesteuert werden. Der Ständerat hatte sich bereits in der Sommersession 2021 für die Vorlage ausgesprochen. Als Zweitrat hat der Nationalrat ohne Gegenstimme einer Reihe von Gesetzesänderungen mit diesem Ziel zugestimmt. Die Vorlage geht mit einigen Differenzen zurück an den Ständerat.

Schweiz - China: Entgegen der grossmehrheitlich geschlossenen FDP-Deputation war die Mehrheit des Nationalrats der Auffassung, dass es einen verstärkten Austausch und ein koordiniertes Auftreten der verschiedenen Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft gegenüber China braucht. Dies, obwohl die China-Strategie Bundesrates bereits solche Massnahmen in einem informellen Rahmen vorsieht. Die nun gewünschte Institutionalisierung ist reine Effekthascherei und bringt leider keinen Mehrwert bis auf eine weitere Bürokratisierung. Die Vorlage wurde von beiden Räten gutgeheissen.

Reziprozität China: Entgegen einer geschlossenen FDP-Deputation hat der Nationalrat als Zweitrat für die Einführung des Prinzips der Reziprozität im Handel mit China ausgesprochen. Dem Handel wurde hiermit einen Bärendienst erwiesen. Falls unser Handelspartner seine Schranken nicht abbaut, wird die Schweiz selbst Handelsschranken aufbauen müssen. So ist eine absolute Reziprozität weder zielführend noch wirtschaftsförderlich.

Eizellenspende: Auf Antrag der FDP-Deputation hatte die vorberatende Kommission eine Motion eingereicht, um Frauen, die unfruchtbar sind, eine Eizellenspende zu ermöglichen. Die vorliegende Ungleichstellung, unfruchtbare Männer können eine Samenspende in Anspruch nehmen, ist zu beseitigen. Das sah auch die Mehrheit des Nationalrates so und ist der geschlossenen FDP-Deputation

gefolgt. Entgegen den Voten einiger SVP-Vertreter wurde die Vorlage gutgeheissen. Das Geschäft geht nun an den Zweirat.

Desinformationskampagnen: Auf Antrag der FDP hat die sicherheitspolitische Kommission ein Postulat zum Umgang der Schweiz mit der Bedrohung durch Desinformationskampagnen gefordert. Obwohl im sicherheitspolitischen Bericht die Bedrohung erkannt wurde, fehlen konkrete Lösungsansätze. Der Nationalrat ist der geschlossenen FDP-Deputation gefolgt und hat das Postulat angenommen.

Militärgesetz: Die Umsetzung der Weiterentwicklung der Armee schreitet zügig voran. Wie bei solchen Vorhaben üblich, hat sich in einzelnen Bereichen Anpassungsbedarf gezeigt. Es wird bspw. die Führungsunterstützungsbasis zu einem Kommando Cyber weitentwickelt, eine Militärluftfahrtbehörde geschaffen sowie weitere Anpassungen vorgenommen. Die FDP hatte bereits in der Kommission die Vorlage vorbehaltlos unterstützt. Im Nationalrat ist man der Einschätzung der Kollegen gefolgt und hat die Vorlage geschlossen und ohne Änderungen angenommen. Durch das geschlossene und standfeste Auftreten der FDP konnten die links-grüne Anträge, mit dem Ziel ihr Klientel zu bedienen oder die Armee zu schwächen, verhindert werden. Mit der Annahme in der Schlussabstimmung ist das Geschäft abgeschlossen.

11. Geschäfte des Ständerats

Leibrenten: Der Ständerat will die Leibrenten tiefer besteuern respektive die Besteuerung künftig den Anlagebedingungen anpassen. Als Erstrat hat er der entsprechenden Vorlage ohne Gegenstimme zugestimmt. Die Vorlage setzt unsere Fraktionsmotion "Stopp der Steuerstrafe in der Säule 3b" aus dem Jahr 2012 um, welche zum Ziel hat, den steuerbaren Anteil von Leibrenten flexibel an das aktuelle Zinsniveau zu binden. Bisher wurden vierzig Prozent als pauschaler Ertragsanteil besteuert. Dass die Motion einstimmig angenommen wurde im Ständerat, ist erfreulich und zeigt erneut, dass die FDP Probleme rasch erkennt und mehrheitsfähige Lösungen vorschlägt.

Home Office: Der Ständerat will keine Anpassung des Arbeitsrechts an das Arbeiten im Homeoffice. Er hat eine entsprechende Motion unseres Ständerats Hans Wicki mit 21 zu 18 Stimmen knapp abgelehnt. Die Forderung ist damit erledigt. Mit der Ablehnung der Motion hat der Ständerat eine Chance verpasst, das Arbeitsrecht an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen und damit zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beizutragen. Die FDP wird sich weiterhin für mehr Flexibilität im Arbeitsrecht einsetzen.

Energieautonomie der Immobilien des Bundes: Innerhalb von zwölf Jahren sollen die Immobilien des Bundes mit erneuerbarer elektrischer Energie versorgt werden. Nach dem Nationalrat fordert auch der Ständerat einen Investitionsplan für eine Fotovoltaik-Offensive gemäss einem Vorstoss von NR Matthias Jauslin, der bereits auch von SR Olivier Français in beiden Räten angenommen wurde. Der Bund muss beim Ausbau der Erneuerbaren eine Vorreiterrolle übernehmen, denn man ist noch "meilenweit vom Ziel entfernt". Der Bundesrat ist mit dem Auftrag einverstanden, auch weil der eingereichte Text sich nicht auf die Fotovoltaik beschränkt. Nun ist der Bundesrat am Zug und muss die Motionen umsetzen.

Mehr Transparenz bei der Stromherkunft: Der Ständerat will aufgrund eines Vorstosses von SR Damian Müller Konsumenten genauer darüber informieren, woher der von ihnen verbrauchte Strom kommt. Damit soll in erster Linie sichtbar werden, dass mit erneuerbaren Energiequellen hergestellter Strom im Winter ökologisch wertvoller ist. Die Motion kann entsprechend einen Beitrag zum Ausbau vom Strom aus "Erneuerbaren" und dem effizienteren Strom-Einsatz leisten. Die Motion geht nun an den Nationalrat.

Lex Koller. Der Bundesrat soll die überarbeitete Lex Koller dem Parlament unterbreiten. Der Nationalrat hat einem entsprechenden Vorstoss der Kommission für Wirtschaft und Abgaben mit 108 zu 69 Stimmen bei 5 Enthaltungen zugestimmt. Der Bundesrat hatte das teilrevidierte Gesetz schon 2017 in die Vernehmlassung geschickt, anschliessend aber aufgrund der grossen Ablehnung im

Vernehmlassungsverfahren auf die Erarbeitung einer Botschaft verzichtet. Die FDP hatte die Vorlage schon im Vernehmlassungsverfahren abgelehnt und beantragte auch dem Ständerat die Ablehnung der Kommissionsmotion, denn der Immobiliensektor soll attraktiv und wettbewerbsfähig bleiben. Entgegen der unheiligen Allianz im Nationalrat gelang es dem Ständerat schliesslich, die Motion mit 26 zu 11 Stimmen bei 3 Enthaltungen abzulehnen, womit das Geschäft als erledigt gilt. Mit der Hilfe der FDP-Deputation konnte dieser Angriff auf die Lex-Koller erfolgreich abgewendet werden.

Lohndeckel für Bundesbetriebe: Nachdem der Nationalrat einem Lohndeckel von einer Million Franken pro Jahr für die sieben grösseren Unternehmen des Bundes (SBB, RUAG, Skyguide, SUVA, SRG SSR, Swisscom und die Post) betreffend das oberste Kader und die Mitglieder des Verwaltungsrates unter alleinigem Widerstand der FDP beschlossen hatte und diesen sogar auf die weiteren Unternehmen und Anstalten des Bundes ausgeweitet hatte, bewies der Ständerat nun zum zweiten Mal Vernunft und beschloss mit 27 zu 13 Stimmen bei einer Enthaltung und der Unterstützung der FDP Ständeräte, nicht auf die Vorlage einzutreten. Das Geschäft und die Forderung nach einem Lohndeckel bei Bundesbetrieben gelten somit als beerdigt.

Öffentlichkeitsgesetz: Die Einsicht in amtliche Dokumente der Bundesverwaltung soll nach Ansicht der beiden Räte nun kostenlos sein, Uneinigkeit besteht aber noch im Bezug auf die Ausnahmen des Gebührenerlasses für aufwendige Gesuche. Der Ständerat hat in dieser Session mit 38 zu 2 Stimmen bei keiner Enthaltung einer entsprechenden Gesetzesänderung unter Vorbehalt zugestimmt. Die Differenz besteht hinsichtlich der Gebührenerhebung für besonders aufwändige Bearbeitung eines Gesuchs. Entgegen dem Nationalrat fordert der Ständerat keine Obergrenze in casu und lehnt die vorgeschlagene Limite in der Höhe von 2000 Franken ab. Nun ist wieder der Nationalrat am Zug.

Botschaftsasyl: Der Ständerat hat die Wiedereinführung des Botschaftsasyls mit 29 zu 12 Stimmen bei einer Enthaltung klar abgelehnt. Eine Wiedereinführung würde zu einer unerwünschten und ungleichen Lastenverteilung der Asylgesuche aufgrund der Sogwirkung führen. Dank der FDP-Delegation und der Ausführungen der Justizministerin wurde verhindert, dass ein neues Problem geschaffen wurde. Nichtsdestotrotz ist ein Verweis auf das jetzige, gut funktionierende System zu machen. Denn gerade die aktuelle Ukraine-Krise hat uns gezeigt, dass die Schweizer Asylsysteme schnell und unkomplizierte Lösungen bieten und der Schutzbedürftigkeit der Betroffenen gebührend halt geben.

Personenbeförderungsgesetz: Der Ständerat ist mit der Gesetzesanpassungen des Personenbeförderungsgesetzes, die Subventionsaffären wie zum Beispiel den "Fall Postauto" verhindern sollen, grundsätzlich einverstanden. Unter anderem will das Gesetz ein Gewinnverbot für subventionierte Regionalverkehrsunternehmen explizit vorschreiben. Der Ständerat hiess die Änderungen mit 38 zu 0 Stimmen gut. Details in der Vorlage sind aber noch umstritten. Etwa will der Ständerat Transportunternehmen, die von Bund und Kantonen bestellte Leistungen erbringen, für die Verwendung allfällige Überschüsse mehr Freiheit lassen als Nationalrat und Bundesrat. Im subventionierten Regionalverkehr sollen gemäss der Vorlage keine Gewinne einkalkuliert werden dürfen.

Copernicus: Der Ständerat als Zweitrat hat einen Vorstoss diskussionslos angenommen, der die Teilnahme der Schweiz beim europäischen Satellitenprogramm Copernicus fordert. Die FDP hatte den Vorstoss unterstützt, da die Programmteilnahme für die Hochschulen und die hiesige Software-Industrie von grosser Bedeutung ist. Ein Abseitsstehen würde zu Verlust von Technologiewissen führen.

Internationale Währungshilfe: Für die FDP ist klar, dass die Schweiz soll sich auch weiterhin rasch an Massnahmen zur Stabilisierung des globalen Finanzsystems und der Wechselkurse beteiligen können muss. Dementsprechend hat die ständerätliche Deputation den entsprechenden Verpflichtungskredit von 10 Milliarden Franken unterstützt. Der Ständerat als Ganzes hat das Vorhaben ebenfalls unterstützt, nun geht die Vorlage an den Nationalrat.

Kurzfristige Dienstleistungserbringer: Auch nach dem Brexit sollen Schweizer Dienstleistungserbringer weiterhin einen erleichterten Zugang zum britischen Markt erhalten. Als Wirtschaftspartei war es für die FDP selbstredend, das Abkommen zu unterstützen. Erstaunlicherweise haben die links-grüne Verbotsparteien keine haltlose Kritikpunkte gefunden und so wurde die Vereinbarung in der kleinen Kammer ohne Gegenstimme angenommen.

12. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

[22.3249](#) Mo. Fraktion RL (*Sprecherin NR Schneeberger*). **Entlastungspaket zugunsten der Bevölkerung und Wirtschaft**

Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, der Bundesversammlung einen Erlassentwurf vorzulegen, mit dem der Bund befristet ein Entlastungspaket z.B. über die Mineralölsteuer auf Treib- und Brennstoffen einführt. Dieses soll nicht zu Lasten der gebundenen Ausgaben ausfallen, sondern aus der allgemeinen Bundeskasse gespiesen werden.

Begründung:

Als Folge des Ukraine-Konflikts sind die Treib- und Brennstoff-Preise innerhalb sehr kurzer Zeit stark angestiegen. Die Mehrkosten belastet insbesondere die Bevölkerung im Strassenverkehr und bei den Heizkosten. Das gilt selbstverständlich auch für viele Unternehmen in diversen Branchen, die weiterhin von fossilen Treib- und Brennstoffen abhängig sind. Sollte der Konflikt und deren Folgen noch lange andauern, ist mit gravierenden Folgen für die Bevölkerung und die Wirtschaft in der Schweiz zu rechnen. Damit in dieser ausserordentlichen Ausgangslage rasch gehandelt werden kann, wird der Bundesrat aufgefordert, ein befristetes Entlastungspaket zu beschliessen. Dieses kann z.B. bei der Mineralölsteuer auf Treib- und Brennstoffen oder beim Berufskostenabzug ansetzen. Da es sich um ein befristetes Paket mit kurzer Laufzeit handelt, soll es nicht zu Lasten der gebundenen Ausgaben ausfallen, sondern aus der allgemeinen Bundeskasse gespiesen werden.

[22.1003](#) DA Fraktion RL (*Sprecherin NR de Quattro*). **Auswirkungen des Frontex-Referendums**

Text

Das sogenannte "Frontex-Referendum" ist zustande gekommen. In der Öffentlichkeit werden unterschiedliche Aussagen zu den möglichen Konsequenzen der anstehenden Volksabstimmung gemacht. Darum braucht es eine dringliche Klarstellung:

- Welche unmittelbaren Konsequenzen drohen der Schweiz bei einer Ablehnung der Vorlage?
- Inwiefern würde sich eine Annahme des Referendums auf unsere Beziehungen zur Europäischen Union auswirken?
- Hätte ein Nein zur Frontex-Vorlage Konsequenzen für die Sicherheit bzw. im Migrationsbereich in der Schweiz?
- Welche Vorteile bringt uns (und Europa) Frontex im Kontext des aktuellen Ukraine-Krieges?

[22.3047](#) D.Ip. Fraktion RL (*Sprecher NR Cottier*). **Lehren aus dem Ukraine-Konflikt für die Schweiz ziehen**

Text

Der Krieg in der Ukraine stellt eine Zäsur für die Sicherheitspolitik in Europa dar. Es stellen sich darum unmittelbar diverse Fragen zu den finanziellen und personellen Ressourcen sowie zur Einsatzbereitschaft der Armee. Hinzu kommen die weiteren möglichen Konsequenzen in anderen Bereichen der Gesellschaft und Wirtschaft. Aufgrund der unmittelbaren Herausforderung für die Schweiz wird der Bundesrat gebeten, folgende Fragen dringlich zu beantworten:

1. Wie schätzt der Bundesrat die aktuelle sicherheitspolitische Lage ein?
2. Welche Schlussfolgerungen leitet der Bundesrat daraus für die schweizerische Sicherheitspolitik ab?
3. Ist der Bundesrat bereit, die Verteidigungsausgaben substanziell zu erhöhen?
4. Unter welchen Umständen ist der Bundesrat gewillt, so rasch wie möglich die Aufstockung der Anzahl der Angehörigen der Armee zu vollziehen? Sieht der Bundesrat ebenfalls den Bedarf, mittelfristig den Soll-Bestand der Armee noch weiter zu erhöhen?
5. Gedenkt der Bundesrat, die Einsatzbereitschaft der Armee durch Übungen zur Mobilmachung zu überprüfen?
6. Was bedeutet der Konflikt für die Energieversorgungssicherheit der Schweiz (Brenn- & Treibstoffe, Strom etc.)?
7. Inwiefern ist mit grossen Migrationsströmen für die Schweiz zu rechnen? Wie weit sind die Kantone und Gemeinden für eine allfällige Aufnahme vorbereitet?
8. Wie schätzt der Bundesrat die Bedrohung im Cyber-Bereich im Kontext des Ukraine-Konflikts ein? Sind Aktivitäten gegen digitale Infrastrukturen in der Schweiz festzustellen? Welche Konsequenzen sind mit Blick auf die nationale Cyber-Strategie zu ziehen?
9. Mit welchen Folgen für die Schweizer Volkswirtschaft ist aufgrund der Sanktionen und der instabilen Lage in Europa zu rechnen?
10. In welchen anderen Bereichen der Gesellschaft und Wirtschaft geht der Bundesrat von Konsequenzen für die Schweiz aus?

13. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen zu 16 Vorlagen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die Frühlingssession abgeschlossen. Verabschiedet wurden:

- › mit 106 zu 77 Stimmen bei 8 Enthaltungen und mit 32 zu 8 Stimmen bei einer Enthaltung der Bundesbeschluss, mit dem das Parlament die Volksinitiative "Keine Massentierhaltung in der Schweiz" zur Ablehnung empfiehlt;
- › mit 138 zu 49 Stimmen bei 4 Enthaltungen und mit 35 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen das Veloweg-Gesetz, mit dem der Velo-Artikel in der Bundesverfassung umgesetzt werden und mit dem das Velofahren Schub erhalten soll;
- › mit 122 zu 0 Stimmen bei 69 Enthaltungen und mit 38 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen eine Änderung im Gentechnik-Gesetz, mit der das Gentech-Moratorium grundsätzlich bis Ende 2025 verlängert wird, der Bundesrat aber für die Genom-Editierung eine Ausnahmeregelung ausarbeiten muss;
- › mit 165 zu 0 Stimmen bei 25 Enthaltungen (Nationalrat) und mit 41 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen (Ständerat) eine Änderung im Krankenversicherungsgesetz, die regelt, wie mit säumigen Prämienzahlern und -zahlerinnen umgegangen wird;
- › mit 141 zu 48 Stimmen bei 2 Enthaltungen und mit 41 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen die Revision des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes, mit der missbräuchliche Konkurse erschwert werden;
- › mit 186 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung und mit 40 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen eine Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes, die vorsieht, dass Versicherungsvermittler künftig ihren Kundinnen und Kunden auch sagen müssen, wie viel Provision er oder sie von der Versicherung erhält;
- › mit 147 zu 12 Stimmen bei 32 Enthaltungen und mit 40 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung der Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung über das System über gefälschte und echte Dokumente online (Fado);

- › mit 191 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und mit 41 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen eine Änderung des Römer Statuts über den Internationalen Strafgerichtshof, wonach das Aushungern von Zivilpersonen auch in Bürgerkriegen geahndet werden soll;
- › mit 191 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und mit 41 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen der Bundesbeschluss zur Genehmigung des befristeten Abkommens der Schweiz mit Grossbritannien über die Mobilität von Dienstleistungserbringern;
- › mit 191 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und mit 41 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen eine Änderung des Publica-Gesetzes, damit der Bund Geld einschiessen kann in gewisse Bereiche der Bundespensionskasse Publica;
- › mit 183 zu 5 Stimmen bei 3 Enthaltungen und mit 38 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen das Abkommen über die Besteuerung von Grenzgängerinnen und Grenzgängern mit Italien;
- › mit 140 zu 51 Stimmen bei 0 Enthaltungen und mit 38 zu 3 Stimmen bei 0 Enthaltungen das Abkommen über soziale Sicherheit mit Tunesien;
- › mit 191 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und mit 41 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen das Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft über Zollerleichterungen und Zollsicherheit;
- › mit 187 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen und mit 40 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung die Revision des Militärgesetzes respektive mit 189 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen und mit 40 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung die Verordnung über Armeeorganisation und damit die Schaffung eines Cyberkommandos und einer Militärluftfahrtbehörde;
- › mit 190 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und mit 41 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen im Rahmen des Berichtes zur Aussenwirtschaftspolitik der Bundesbeschluss zur Änderung des Handelsabkommens zwischen der Schweiz und Grossbritannien.
- › Der Nationalrat verabschiedete zusätzlich zu den 16 Vorlagen eine Änderung seines Geschäftsreglements. Mit 157 zu 28 Stimmen bei 5 Enthaltungen hiess er rechtliche Grundlagen gut, um in Krisenlagen seine Arbeit zu erleichtern.